

Hans-Albert
Walter *Deutsche*
Exilliteratur
1933-1950

Band 1,2:

Weimarische Linksintellektuelle
im Spannungsfeld von Aktionen
und Repressionen

J.B. Metzler

Deutsche Exilliteratur 1933–1950

*Band 1: Die Vorgeschichte des Exils
und seine erste Phase*

*Band 1.2: Weimarische Linksintellektuelle
im Spannungsfeld von Aktionen
und Repressionen*

Hans-Albert
Walter *Deutsche*
Exilliteratur
1933-1950

Band 1:
Die Vorgeschichte des Exils
und seine erste Phase

Band 1.2:
Weimarische Linksintellektuelle
im Spannungsfeld von Aktionen
und Repressionen

J.B. Metzler Verlag

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT

Der Autor

Hans-Albert Walter (1935–2016), Literaturwissenschaftler und Publizist, Ehrendoktor der Universität Köln.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-476-00614-1

ISBN 978-3-476-04533-1 (eBook)

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

J. B. Metzler ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer-Verlag GmbH Deutschland

www.metzlerverlag.de

info@metzlerverlag.de

Einbandgestaltung: Willy Löffelhardt

Satz: ARThür Grafik-Design & Kunst, Weimar

J. B. Metzler, Stuttgart

© Springer-Verlag GmbH Deutschland, 2017

Für Walter Jens und Fritz H. Landshoff

Inhalt

I	Patriotisch oder nationalistisch? Versailles, Weimar und die linke Intelligenz	1
1	Rückblick zur Erinnerung	3
2	Rätesystem, parlamentarische Demokratie, sozialdemokratischer »Verrat« an der Revolution	29
3	Gravitationsfelder und Standorte	67
4	Die wirkliche Sowjetunion	77
5	Die verklärte Sowjetunion	107
6	Die Propaganda, ihre Aktionsfelder und ihre Adressaten	133
II	Konflikte mit Staat und Gesellschaft	153
1	Die Justiz in der Innenansicht	159
2	Verfolgungen unter Ausnahmerecht	177
3	Gotteslästerung – ein Stellvertreterkrieg	185
4	Verfolgung wegen »unzüchtiger« Schriften und Bilder	209
5	Verfolgung wegen Ehrendelikten	241
6	Landesverrat	265
7	Hochverrat, »literarischer« Hochverrat	287
8	Verbote, Notverordnungen	309
III	Anfeindungen aus der Öffentlichkeit	341
IV	Der Zerfall von Kulturbastionen	399
1	Die Theater der Hauptstadt	407
2	Die großen Literaturverlage	413

VIII *Inhaltsverzeichnis*

- 3 Die Frankfurter Zeitung 433
- 4 Das Haus Mosse und das »Berliner Tageblatt« 455
- 5 Das Ullstein-Imperium 473
- 6 Der SDS 499

V Die »Außenseiter« in der Agonie der Republik 519

VI Verfolgung und Unterdrückung der oppositionellen
Intelligenz am Anfang der Hitler-Herrschaft 561

- 1 Erste Reaktionen, erste Repressionen 563
- 2 Der Terror nach dem Reichstagsbrand 581
- 3 Bayern als Ausnahmefall? 589
- 4 Usurpation von Schriftsteller-Organisationen 595
- 5 Die große bürgerliche Presse zwischen Kapitulation und Usurpation 605
 - 5.1 Das Berliner Tageblatt 605
 - 5.2 Die schleichende Selbstpreisgabe des Hauses Ullstein 608
 - 5.3 Der schleichende Selbstverrat der »Frankfurter Zeitung« 619
- 6 Literaturverlage zwischen Anbiederung und Insolvenz 631
 - 6.1 Kiepenheuer falliert 631
 - 6.2 Rowohlt kombiniert zynische Anbiederung mit leiser Obstruktion 632
 - 6.3 Fischer bleibt »drinnen« und kämpft gegen Exilierte 638
- 7 Die Bücherverbrennung – eine Siegesfeier 655

Nachwort 659

*Von Hans-Albert Walter ursprünglich vorgesehene Arbeitsgliederung
des Bandes 1.2* 663

Quellen und Anmerkungen 665

Personenregister 739

I Patriotisch oder nationalistisch? Versailles, Weimar und die linke Intelligenz

1 *Rückblick zur Erinnerung*

Von Weimar-Deutschland trennen uns scheinbar nur acht, neun Jahrzehnte. In Wahrheit trennt uns von der ersten deutschen Republik und ihren Menschen eine Welt. Das ist, auf einen knappen Begriff gebracht, der Befund der umfangreichen Studie zur Mentalität der Weimardeutschen, mit der ich den ersten Teilband eingeleitet habe, um so die Handlungen und Unterlassungen der weimarischen Linksintelligenz verständlicher zu machen.

Bei diesem Querschnitt haben wir die Atmosphäre der Elternhäuser, von Adel und Großbürgertum bis zum Proletariat, kennengelernt, haben einen Blick in die Schulen geworfen, die Ansichten von Lehrern und Parlamentariern zu Erziehungsprinzipien, -zielen und -methoden erkundet. Ebenso haben wir betrachtet, auf welche Weise Bürger und Behörden miteinander umgegangen sind. Freilich sollte man besser sagen: Untertanen und Obrigkeiten, denn an ungezählten Beispielen, banalen aus dem Alltag und politisch unmittelbar relevanten, sind wir der starken Prägung des zivilen Lebens durch militärisch-militaristisches Verhalten genauso gewahr geworden wie des Weiterbestehens eines hierarchisch gegliederten Wertesystems. Wiewohl die republikanische Staatsform egalitäres Denken und Handeln voraussetzte, dachte und handelte der weit überwiegende Teil der Bevölkerung nach altüberlieferten elitären Prinzipien. Dies gilt nicht eben selten auch für politische und kulturelle Repräsentanten des neuen Staates. Politisches Wollen und mentale Prägung klafften auf bisweilen groteske, stets aber folgenreichere Weise auseinander.

Sodann haben wir uns mit den Reaktionen auf den verlorenen Weltkrieg beschäftigt und mit dem Verhältnis der damaligen Deutschen zu den entmachteten Obrigkeiten von gestern, den entthronten Fürsten und den militärischen Anführern, die den Krieg verloren hatten. In weiteren Kapiteln haben wir kollektive Abneigungen, Abwehrhaltungen und ausgesprochene Phobien Revue passieren lassen (damit unausgesprochen auch die jeweiligen positiven Gegenbilder): das Verhältnis zu Fremden und Fremdartigem, seien dies nun Ausländer gewesen, einheimische Minderheiten, ungewohntes Sexualverhalten, neue Lebensweisen, Kunstformen oder wissenschaftliche Lehrmeinungen. Bei all diesen Topoi sind wir fast durchweg auf die nämlichen Phänomene gestoßen, allenfalls auf Varianten oder auf – der spezifischen Materie geschuldete – verschiedenartige Ausprägungen derselben Grundmuster, was denn auch zu fast refrainartig wiederkehrenden, gleichartigen Befunden geführt hat.

Ob man nämlich bei der weimarischen Mentalität von obrigkeitsstaatlichem Behörden- und untertänigem Bürgerverhalten spricht, von ziviler Militärfrömmigkeit oder gesellschaftlicher Militarisierung, ob man die Erziehung in Elternhaus und Schule traditionsverhaftet oder repressiv, den Antisemitismus oder die Affektationen gegen die künstlerische Moderne als Regression oder als Rückständigkeit deutet, die nationalistischen Obsessionen und die frühe Bigotterie im Sexuellen als Projektionen oder als Tabuierung verdrängter Sehnsüchte und Bedürfnisse: Stets ist die autoritäre, wenn nicht

totalitäre Tendenz und Substanz dieser Manifestationen unverkennbar. Betrachtet man den historischen Kontext, so kann das auch schwerlich verwundern. Die Deutschen waren vom Obrigkeitsstaat jahrhundertlang zum Parieren gedrillt worden, doch nun sollten sie, buchstäblich über Nacht, ihr Geschick in die eigenen Hände nehmen, sollten selber entscheiden und verantwortlich handeln. Damit waren sie überfordert, ganz einfach, weil sie darauf nicht vorbereitet waren. Zu eigenem Wollen hatte sie niemand erzogen. In das Neue, das die Republik war, konnte man sich allenfalls fügen, doch konnte man es nicht klarblickend formen. So muß man, einigermäßen folgerichtig, als beinahe konstitutives Element einen Mangel an politischem Realitätssinn konstatieren, die Absenz des Blicks für das unter gegebenen Umständen jeweils Mögliche und Erreichbare, ferner die fehlende Bereitschaft und Fähigkeit zu Kompromiß und Konsens. Ist letzteres ein Merkmal der autoritären Mentalität, so resultiert das erste aus weitgehender Unwissenheit in fast allen politischen Fragen. Sie war charakteristisch für den von ›oben‹ gelenkten und geleiteten Untertan. Wenn also vom Bürgertum der wilhelminischen Epoche gesagt wurde, es sei »von Herzen unpolitisch« gewesen (Christian Graf von Krockow), dann meint dies, es habe kein eigenes Urteil besessen, sei aber von nationalistischen Emotionen erfüllt gewesen. Ihnen hat die Niederlage von 1918 mitsamt dem Frieden von Versailles eine noch größere Schubkraft gegeben, bis hin zur völligen Verkenning und Verleugnung der Realität.

Auf diesem gesamtweimarischem Hintergrund haben wir die literarische Intelligenz im ausgehenden Kaiserreich betrachtet, aus der sich die intellektuelle Linke der Republik rekrutierte, später dann das literarisch-intellektuelle Exil. Diese »Geistigen«, wie sie sich bis tief in den Ersten Weltkrieg vorzugsweise nannten, stammten fast ausnahmslos aus bürgerlichem Milieu. Von seiner Lebensatmosphäre und seinem Habitus hatten sie sich, unter oft starken Affektbekundungen, gelöst, indes darf dieser primär ästhetisch motivierte und artikuliert Protest nicht darüber hinwegtäuschen, daß die »Geistigen« in dem uns hier zentral interessierenden Punkt sich keineswegs von ihren Elternhäusern emanzipiert hatten: Die gegen die muffige Welt der Väter aufbegehrenden Söhne waren genauso von Herzen unpolitisch wie jene. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gilt für sie alle, was Alfred Döblin im hohen Alter rückblickend über das Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg sagt: »Damals galt uns Politik gar nichts. Sie war der Alltag. Sie war eine Angelegenheit der Spießer. Gegen Musik und Literatur kam sie nicht auf.« [1]

Wir haben sodann die wichtigsten Spielarten dieses »unpolitischen« oder »antipolitischen« Künstlertums (mitsamt seinen unbewußt gebliebenen politischen Unterströmungen) charakterisiert, und natürlich haben wir auch über die verschwindend wenigen Autoren gesprochen, die davon eine Ausnahme machten und sich mit politischen Themen und Stoffen auseinanderzusetzen suchten. Was sie auszeichnete, war ein genuines Interesse an der Politik, dem allerdings kein auch nur annähernd großer politischer Sachverstand gepaart war. An seiner Stelle figurierten entweder philosophisch-ideologische Setzungen (so bei Heinrich Mann) oder eine vorwiegend gefühlsmäßig begründete Opposition gegen das Juste Milieu der Herrschenden (so etwa bei Kurt Tucholsky).

Damit sind die wichtigsten Namen dieser Handvoll einzelgängerischer Außenseiter unter den »Geistigen« auch schon genannt. Trotz der spürbaren Defizite ihrer politischen Stellungnahmen hat dies verlorene Häuflein die Probe bestanden, auf die der nationa-

listische Rausch der Deutschen im Ersten Weltkrieg ihre Gesinnungen und Meinungen stellte – untadeliger jedenfalls, als der große Haufen der aus vornehmlich ästhetischen Gründen gegen die wilhelminische Ära (und insbesondere gegen ihre Elternhäuser und Väter) sich Auflehrenden. Wir haben beispielsweise gesehen, daß sich etwa 90 Intellektuelle kriegsfreiwillig gemeldet hatten. Zuallermeist junge Menschen, hatten sie eben noch gegen die von Staat und Gesellschaft sanktionierten Ideale, Lebensweisen und Lebensziele rebelliert, um sich nun, paradox genug, für einen Krieg zu begeistern, der für die Erhaltung und Festigung einer verachteten und gehaßten Ordnung geführt wurde. Wir haben den Chauvinismus geschildert, den die »Geistigen« mit den Deutschen aller Klassen und Schichten teilten, und haben ihn an charakteristischen Beispielen darauf untersucht, weshalb ihm auch und gerade die sich kritisch dünkenden Intellektuellen so massenhaft erlagen. An Arnold Zweig und Thomas Mann hat sich dabei besonders plastisch zeigen lassen, daß dahinter vor allem die Hoffnung stand, der Krieg werde einer Versöhnung zwischen dem Volksganzen und den Intellektuellen den Weg ebnen und so ihr gesellschaftliches Außenseitertum beenden. Solche Erwartungen bildeten, ob bewußt oder nicht, den Kern der intellektuellen Kriegsbegeisterung, womit auch gesagt ist, daß sie mit einer Politisierung nichts zu tun hatte. Die nationalistische Uniform, mit der das sozusagen berufsständische Interesse bekleidet wurde, war zwar subjektiv aufrichtig gewählt, objektiv aber lediglich die Gefühlsreaktion von Unpolitischen auf propagandistische Appelle, deren Tatsachengehalt und Berechtigung sich dem Urteilsvermögen entzog.

In die Richtung einer (späteren) Politisierung weisen dagegen die zahlreichen Behauptungen, mit denen nachmalige Linksintellektuelle und ihre Biographen post festum versucht haben, ihren anfänglichen Bellizismus partiell zu relativieren und öfter noch zur Gänze zu vertuschen. Wir haben eine ganze Reihe dieser auf linke bzw. pazifistische »Korrektheit« frisierten politischen Viten kritisch beleuchtet und sind dann den verschlungenen Wegen nachgegangen, auf denen sich im Laufe der Zeit die tatsächlichen Annäherungen an die terra incognita des Politischen vollzogen haben. Diese selten geradlinigen, meist widerspruchsvollen und gelegentlich sogar verworrenen Entwicklungsprozesse sind an einer Vielzahl von Einzelfällen präsentiert worden. Dabei haben wir die jeweilige persönliche Situation betrachtet; die Voraussetzungen, die die Betroffenen allenfalls mitbrachten; das »Erweckungserlebnis« resp. die Erfahrungen, durch die sie politisiert wurden, und – natürlich – Richtung und Ziel des Weges, den sie einschlugen. Dabei ergab sich, aus der Sache selbst und ohne daß es beabsichtigt gewesen wäre, eine sehr breit gefächerte Palette individueller Entwicklungen. In etwa entspricht sie dem politischen Spektrum der republikanischen Jahre. Auffällig war an diesen Selbstverständigungsprozessen vielmals, wie stark sie vom Zerfall der traditionellen Wertordnungen und gesellschaftlichen Hierarchien beeinflußt oder bestimmt waren. Schon bei den ersten tastenden Orientierungsversuchen wird oft das Bedürfnis nach einem neuen überpersönlichen Halt sichtbar, nach Nestwärme und Geborgenheit in einer neuen und notabene besseren Gemeinschaft, als die althergebrachte es war. Diese Sehnsüchte und die aus ihnen erwachsende Aufbruchsstimmung waren schon geraume Zeit da, bevor ihnen noch die Ereignisse des Novembers 1918 die Möglichkeit gaben, sich zu entfalten und öffentlich zu artikulieren.

Im ersten Teilband haben wir die Darstellung meist bis zu diesem zeitlichen Einschnitt herangeführt. Nur in wenigen Fällen – wo nämlich der individuelle Politisierungsprozeß es zwingend gebot – sind wir gravierend über die Trennlinie von Waffenstillstand und deutscher Revolution hinausgegangen. Bei ihr setzen wir nun wieder ein, genauer: bei eben diesem politischen Geschehen, dessen Folgen und Erfordernissen die Intellektuellen wie alle anderen Deutschen einigermaßen unerwartet gegenüberstanden. Wie reagierten sie darauf? Für welche Staatsform traten sie nach dem Sturz der halbabsolutistischen Monarchie ein? Fast gleichzeitig war über die Annahme oder Ablehnung des von der Entente diktierten Friedensvertrages zu befinden, und es war diese außenpolitische Entscheidung, die für die inneren Gestaltungsmöglichkeiten überhaupt erst den Grund legte. Eine Wahl zwischen Ja und Nein hatte das Deutsche Reich bei Verhandlungen mit den Gegnern freilich nur der Form nach. Die Kriegsblockade sollte ja erst aufgehoben werden, wenn es den diktierten Frieden unterschrieben und die darin verhängten Gebietsabtretungen, Reparationszahlungen usw. anerkannt hatte. Ausgepowert und erschöpft, wie das Land war, wäre es bei weiterhin ausbleibenden Lebensmittel- und Rohstoffimporten nach einem Nein vollends zugrunde gerichtet worden.

Die deutsche Bevölkerung war schon auf die Niederlage nicht vorbereitet gewesen. Die Härte des Versailler Friedens machte sie fassungslos, und die Intellektuellen, die gegen ihn protestierten, waren durchaus das Sprachrohr der überwältigenden Mehrheit. Am verhaltensten hat sich noch der Schriftsteller geäußert, der als einer von ganz wenigen das Recht zu lautem Protest gehabt hätte: Heinrich Mann konstatierte ganz en passant, »der Fluch des Sieges« [2] halte die in ihrer »Siegessgier wenig wahrhaftige« Entente gefangen. Die Proteste der anderen waren lauter, hatten allerdings einen Schönheitsfehler. Sie litten an einem Gedächtnisschwund, auf den Hermann Hesse schon Weihnachten 1918 in einem Brief aufmerksam machte: »Daß die Feinde sich jetzt gegen uns ebenso benehmen, wie unsere Regierung sich gegen Belgien, Polen, Rußland, Litauen etc. benommen hat, ist für uns unangenehm, aber nicht verwunderlich. Daß Franzosen und Engländer edlere Menschen seien als wir, dürfen wir von ihnen nicht erwarten.« [3]

Hesse spielte auf die deutschen Herrschaftspraktiken in den während des Krieges besetzten Gebieten und auf deren rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung an, vor allem aber auf die vom Kaiserreich beabsichtigten Annexionen. Die Imperialisten der Entente vollzogen an Deutschland also nur, was ihre imperialistischen deutschen Gegenspieler bereits im Kriege getan hatten und was sie nach dem Siege hatten tun wollen. Beides war zweifelsfrei Unrecht, und es wurde nicht schon dadurch Recht daraus, daß die Entente lediglich Vergeltung übte. In der Sache waren die deutschen Proteste gegen das Friedensdiktat vollauf berechtigt. Angesichts der Folgen, die sie zeitigten, wird man auf die Pariser Vorortverträge insgesamt das bekannte Wort Talleyrands anwenden dürfen: Derartiges sei schlimmer als ein Verbrechen, nämlich eine Dummheit.

Nach dieser Klarstellung des objektiven moralisch-juristisch-politischen Sachverhalts bleibt freilich festzuhalten, daß uns Hermann Hesses Bemerkung einen Maßstab liefert. Nicht für die Berechtigung der deutschen Proteste, wohl aber für manchen deutschen Versailles-Ankläger, der Unrecht erst dann Unrecht nannte, wenn es ihn selbst traf. Wer den deutschen Annexionismus gebilligt oder schweigend hingenommen hatte, war kein glaubwürdiger Verteidiger der deutschen Interessen. Bezeichnenderweise fehlte denn

auch in den Protesten der Schreibtischkrieger von gestern jedweder Hinweis auf die vom Kaiserreich geschaffenen Präzedenzfälle. Vielmehr strotzten gerade sie von einem unerschütterbar guten Gewissen. Ob nun der einstige Dichterkriegsfreiwillige Richard Dehmel in einem von vielen Autoren mitunterzeichneten *Warnruf* den Sieg der Entente einen »Triumph der fremden Plutokratie« nannte und die geplante Friedenskonferenz einen »Sklavenmarkt« für Deutsche [4], ob Gerhart Hauptmann seinen »heiligen Zorn« über die »entsetzliche Prozedur« artikulierte, »der wir, der deutsche Name, das deutsche Volk auf der Folterbank von Versailles unterzogen worden sind« [5]: Ganz unreflektiert und ungehemmt führten bei solchen Manifesten dieselben Aggressionen die Feder wie bei den chauvinistischen Ergüssen der Kriegsjahre; auch damals waren die Deutschen ja das unschuldige Opfer fremder Tücke gewesen ... Thomas Mann griff bei seinem öffentlichen Protest gegen Versailles sogar zu rassistischen Beschimpfungen, die er – bis dahin wenigstens – der Intimität seines Tagebuchs vorbehalten hatte. Georges Clemenceau war gemeint, der französische Kriegspremier und in Versailles der Hauptverfechter eines harten Friedens, den Mann, seine Ausführungen krönend, angriff: »Es ist zu bemerken, daß der *französische Greis*, dessen Lebensabend durch diesen Frieden verschönt wird, *Schlitzaugen* trägt. Vielleicht hat er irgendein Blutsanrecht darauf, der abendländischen Kultur den Garaus zu machen und der slawischen Mongolei den Weg zu bereiten.« [6] Ob die einer Pressekorrespondenz übergebene Stellungnahme die Weltöffentlichkeit erreichte? Sie hätte dort nur kontraproduktiv gewirkt. Bei den Lesern der deutschen Rechtspresse hingegen durfte Thomas Mann auf Beifall rechnen, und hier ist sie auch vorzugsweise gedruckt worden, etwa von den Zeitungen des Hugenberg'schen Scherl-Verlags, sowohl von dem seriös sich gebenden *Tag* als auch vom *Berliner Lokalanzeiger*, dem populären Kleineleuteblatt, welches Siegfried Jacobsohn die Zeitung »für die Idioten der Reichshauptstadt« zu nennen pflegte. Im Scherl-Hugenberg'schen *Tag* meldete sich auch Alfred Kerr mit einem Protest zu Wort, und wie bei seinen heroischen Expektationen im Herbst 1914 benutzte (oder mißbrauchte) er auch jetzt eine Theaterkritik für seine politischen Absichten; mit dem *Biberpelz*, dessen Neuinszenierung er besprach, hatte es nämlich nichts zu tun, wenn Kerr sich durch die Meldung beleidigt fühlte, daß Trier und Aachen deutsch bleiben sollten: »Auch das Feststellen solcher Dinge, die man uns lassen will, kann wie eine Gemeinheit anmuten ...« Des weitern klagte er über den wahrscheinlichen Verlust der deutschen Handelsflotte (»die schönste des Erdballs«) und erzählte, was ihm geschrieben worden war: »Im schlesischen Gebirge läuten (Briefe melden das) die Glocken stundenlang Alarm, der Besitz wird vergraben, die Töchter fortgeschafft – vor dem Tschechenüberfall. Um drei Millionen analphabetischer Serben in Österreich ging ein Weltgebrüll, ein Stück Weltkrieg los ... drei Millionen Deutscher in Böhmen sind eine Kleinigkeit; Nebensache. Das ist: Neuordnung. Ein Wahnsinnsfriede gegen Deutschland wird vorbereitet. [...] Von Geistern, die nichts zulernen.« [7] Im dunkeln blieb freilich, was Kerr hinzugelernt hatte; slawophobe Gefühle findet man jedenfalls schon in seiner Kriegslyrik.

Wie Mann und Hauptmann protestierte Kurt Tucholsky unmittelbar vor und kurz nach der Unterzeichnung des Vertrags durch die deutschen Bevollmächtigten. Er bediente sich dabei stets der Versform. Als Forum wählte er mehrfach den *Ulz*, die seinerzeit von ihm redigierte humoristische Beilage des *Berliner Tageblatts*, aber nur einmal die *Weltbühne*. Dem patriotischen Taumel von 1914 war Tucholsky nicht erlegen,

vielmehr hatte er zu den wenigen Intellektuellen gehört, die den Krieg von Anfang an ablehnten. Das hatte ihn jedoch nicht daran gehindert, aus kraß egoistischen Motiven von ihm zu profitieren, was immer sich von ihm profitieren ließ. Bei seiner späteren vehementen Kritik an der Korruption im kaiserlichen Heer war er über sein eigenes Verhalten mit behutsamem Schweigen hinweggegangen. [8] Es ist also trotz seiner stets heftigen Attacken auf den deutschen Militarismus nicht allzu verwunderlich, daß auch bei seinen Stellungnahmen zu Versailles jeder relativierende Hinweis auf deutsche ›Vorbilder‹ für die Entente fehlt. Obwohl sich Tucholskys Einlassungen im Ton von denen der zuvor zitierten bisweilen deutlich unterscheiden, spricht auch aus ihnen vor allem das verletzte nationale Gefühl.

Lediglich in der *Weltbühne* hat er sich dabei eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Nur hier hat er sein Publikum darauf vorbereitet, daß man den Vertrag kaum werde ablehnen können – »Werden wir also nicht unterschreiben? / Wird uns was andres übrig bleiben?« –, doch diese Einsicht in die deutsche Zwangslage änderte nichts an Tucholskys nationaler Empörung: »Deutsches Land geht in fremde Hände. / Goldablieferung. Weltenwende.« Oder: »Wir: nur Verlust. Sie: nur Gewinn.« [9] In den im *Ulk* veröffentlichten Texten hat Tucholsky sich noch eindeutiger geäußert und die Gefahren beschworen. »Bedenkt: der Panter mit den scharfen Tatzen / spielt jetzt mit uns. Er tastet nach dem Rhein ...« [10] Brachte er hier des Spießerstammtischs höchstes (Lied-) Gut ins Spiel, so forderte er beim nächsten Mal zu einer Art passivem Widerstand auf: »Reißen sie dem deutschen Haus / auch den letzten Grenzpfahl aus: / Trotz den feindlichen Gewalten –! / Stange halten! Stange halten!« [11] Nachdem die deutsche Delegation unterschrieben hatte, ging Tucholsky zum offenen Angriff über. Die erste Strophe des *Friede?* betitelten Gedichts kann als Beispiel genügen:

»Ihr schlagt den Besiegten kurz und klein
und laßt ihn verdorren und sticken.
Ihr raubt an der Weichsel und am Rhein,
wir sollen ein Amen euch nicken.
Ihr sprecht vom Säbel und seiner Gefahr,
von teuflischen deutschen Listen,
die Schuld am Kriege sei klipp und klar –
Und ihr?
Die dicksten Imperialisten!« [12]

Ob Tucholsky die von der Entente behauptete deutsche Alleinschuld am Kriege bestritt? Die Verse sind in diesem Punkte kryptisch. Sicher ist nur, daß er die Schuldfrage mit dem »Imperialismus«-Vorwurf an die Adresse der Sieger verknüpfte. Damit gab er seiner Ablehnung des Vertrags eine etwas rationalere Basis, als die Beschwörung der nationalen Gefühle es war.

Tatsächlich stand er auf einer Trennlinie, die auch die intellektuellen Versailles-Gegner schied. Bei ihrem sozusagen rechten Flügel war von deutscher Schuld oder Mitschuld so gut wie nie die Rede, beim linken wurde die Alleinschuld bestritten, die Mitschuld aber eingestanden, bei gleichzeitiger Abgrenzung gegen die nationalistischen Neinsager. So hat es beispielsweise die Deutsche Friedensgesellschaft im Juni 1919 bei ihrem ersten Kongreß nach dem Kriege gehalten. Ihr Vorsitzender Ludwig Quidde prognostizierte eine Bewegung, »die die Bedingungen dieses Friedens mit den alten Mitteln der Macht, den

alten Mitteln der Gewalt beseitigen wollen wird«. Vor diesen »Herolden des Vergeltungskrieges« warnend, setzten Quidde, Harry Graf Kessler, Carl von Ossietzky, Hellmuth von Gerlach und andere führende Pazifisten eine EntschlieÙung durch, deren wichtigster Punkt die Ablehnung des Versailler Vertrags war: »Die Versammlung protestiert, ohne die schwere Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch zu verkennen, gegen die Versailler Friedensbedingungen.« Das wurde mehrheitlich beschlossen, freilich gegen die Stimmen einer von dem später klerikal-faschistischen Philosophen und Pädagogen Friedrich Wilhelm Foerster angeführten, inspirierten und vom Ausland finanzierten frankophilen Minderheit, die den Vertrag akzeptierte, weil er eine »Chance zu deutscher Selbstbesinnung und Pazifizierung« biete. Im selben Sinne argumentierte ein sozusagen frischgebackener Pazifist, der noch wenige Jahre zuvor den Präventivkrieg propagiert und abenteuerliche Annexionspläne skizziert hatte: Maximilian Harden. [13] Gerlach, Kessler und Quidde gehörten sämtlich der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) an, repräsentierten also den liberalen Teil der bürgerlichen Intelligenz.

Ernst Toller, damals Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokraten in Bayern, stellte seine und seiner Freunde Ablehnung des Friedensvertrags in den Kontext einer generellen politischen Wegweisung. Auch für ihn stand die »schwere Schuld der deutschen Regierung am unmittelbaren Ausbruch des Krieges« fest, nicht minder freilich, daß die »tiefere Schuld [...] im Kapitalismus, im Imperialismus, also auch bei den Ententeländern« zu suchen sei: »Eine Bestätigung dafür finden wir in der gegenwärtigen Haltung der Ententeregierungen ... Zweierlei kann festgestellt werden. Erstens beweisen Clemenceau und Kollegen, daß die von ihnen aufgestellten ›Ideale‹ nicht zwingend genug sind, um sie selbst zur Gefolgschaft zu veranlassen. [...] Zweitens, die Ideale selbst, als da sind bürgerlich-kapitalistische Demokratie, Parlamentarismus, haben Fiasko erlitten und bieten sich in schonungsloser Nacktheit als unwahr und Stützen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dar.« Nach dieser zweiten Feststellung war es nur konsequent, daß Toller ein sofortiges Bündnis mit der Sowjetunion verlangte, als erste Station auf dem Wege zur »Revolution des Weltproletariats«. Sie allein könne den wahren Frieden schaffen, nicht durch einen Völkerbund der Regierungen, sondern durch die »sozialistische Gemeinschaft der Menschheit, äußerlich gebunden durch eine Wirtschaftsordnung, die jedem Volk und jedem einzelnen ein Existenzmaximum gibt, innerlich gebunden durch den Geist der Verantwortlichkeit, der Liebe und des gegenseitigen freudigen Sichhelfens«. [14]

In der Front der Versailles-Gegner vertritt Toller die Richtung eines utopischen Radikalismus, der die tatsächlichen politischen Verhältnisse weitgehend außer acht ließ. Der Publizist Theodor Wolff bildet dazu den Gegenpol. Er legte die realen Verhältnisse zugrunde, und es waren die vorhersehbaren innen- und außenpolitischen Folgen, derenwegen er den Vertrag ablehnte und die deutsche Unterschrift fast bis zum letzten möglichen Augenblick zu verhindern suchte. In seinen vermutlich auf präzise Tagebuchaufzeichnungen gestützten Erinnerungen hat Wolff die Kämpfe auf offener Bühne und das verbissene Tauziehen hinter den Kulissen geschildert, an dem er beteiligt war, und dabei mehrfach auch die Motive seines Widerstandes genannt:

»Daß Friedensbedingungen, die ein Land willkürlich zerreißen, auf lange Zeit hinaus ein großes Volk fesseln, ihm unentbehrliche Lebensquellen nehmen und somit ewig reizbare Wunden erzeugen würden, nicht nur verwerflich seien, sondern auch verworfen werden müßten, war uns klar.

Jede natürliche Empfindung lehnte sich dagegen auf, und ebensowohl jede politische Vernunft. Wenn die deutsche Republik, schon mit dem Waffenstillstand belastet, auch noch den furchtbarsten Friedensvertrag hinnahm, dann brachte sie aus der Geburtsstunde eine unheilbare Krankheit ins Leben mit. Wie der Oswald der *Gespenster*, der für die väterlichen Sünden büßt.«

Und an ihnen zugrunde geht, denn das widerfährt der Gestalt in Ibsens Drama. Wolff wußte, daß der neue demokratische Staat viel zu schwach war, zu wenig Rückhalt in der Bevölkerung besaß, um einer solchen Belastung standzuhalten. War dies der innerdeutsche Aspekt, so lagen die außenpolitischen Konsequenzen auf der Hand:

»Auch wenn ich mich bemühte, die Dinge vom Standpunkt der Gegner aus zu sehen, mich in die Interessensphäre Frankreichs und der anderen zu versetzen, kam mir ein Friedensvertrag, der so tief in das Fleisch und in die Seele des deutschen Volkes hineinschnitt, falsch, grauenhaft unsinnig vor. Für wie lange glaubte man denn, mit der Uhr in der Hand, die erhofften Wirkungen eines zerschmetternden Friedens berechnen zu können? [...] Ich erinnere mich, daß ich in jenen Tagen dem Vertreter einer großen französischen Zeitung sagte: ›Es ist doch nur zweierlei denkbar – entweder ihr müßt Deutschland zerhacken, abwürgen und für mindestens hundert Jahre wehrlos machen, oder ihr müßt es durch einen Freundschaftsvertrag an euch binden und euch so die Sicherheit und die Machtstellung verschaffen, die ihr mit Recht beansprucht und die ihr braucht. Und da es nicht möglich ist, Deutschland abzuwürgen – denn es würde immer wieder aufleben – so sollte kühle und klare Überlegung euch davon abhalten, durch irrsinnige Friedensbedingungen den Weg zur Freundschaft, zur Entente, zu versperren.« [15]

Es war noch beschwörend gemeint, wenn Wolff den diesen Geboten der Vernunft unzugänglichen französischen Premier Clemenceau vor der Vertragsunterzeichnung den »größten Feind Frankreichs« nannte. [16] Als der Hasser sich mit seinem Oktroi durchgesetzt hatte, fällt Wolff das Verdikt über die Sieger: »Daß in ihnen das Recht triumphiere, erkennen wir nicht an. Sie sind nicht die Adler der Weltgeschichte, sondern nur eine Schar von niederen Raubvögeln, die sich in die Beute teilt.« [17]

In summa: Auch bei den »progressiven« Weimarer Intellektuellen ist Versailles nur von einer verschwindenden Minderheit positiv beurteilt worden: von einigen wenigen um Friedrich Wilhelm Foerster [18] gescharten Pazifisten, die in dem Diktat eine Chance zur Selbstbesinnung und Wandlung der Deutschen zu sehen behaupteten; ferner von dem wendungs- und windungsreichen Maximilian Harden, der nun ebenso emphatisch zur Buße aufrief, wie er im Frieden zum Entscheidungskrieg gedrängt hatte. Nicht einmal Heinrich Mann hat sich für diesen Frieden ausgesprochen, allerdings hat er auch nicht gegen ihn protestiert. Mag sein, daß dieser lebenslange Bewunderer eines zeitlos idealen Frankreich durch die brutale Konfrontation mit dem realen Frankreich seiner Tage verstört wurde, indes ist auch nicht auszuschließen, daß der große Verächter der politischen Praxis [19] so recht nicht erkannte, womit er es da zu tun hatte.

Wir sahen, daß ein Gutteil der intellektuellen Versailles-Gegner sich von seinen national(istisch)en Emotionen hat leiten lassen. Ganz ungewollt haben aber auch jene das nationale Element oder Segment des Widerstands verstärkt, die aus politisch rationalen Gründen den Vertrag ablehnten. Angesichts des Chauvinismus der Entente war das unvermeidlich. Die Sieger nötigten den verständigungsbereiten Deutschen die Gemeinschaft mit den Revanchisten geradezu auf. Indem sie jedweden Widerspruch als »deutsche Verstocktheit« denunzierten, setzten sie die Deutschnationalen ins Recht, die der Entente seit je nur das Schlechteste zugetraut hatten. Im August 1919 schon hat Emil Julius Gumbel die innenpolitischen Folgen skizziert – ein Mann, den die Kriegs-

erfahrung zum Antimilitaristen gemacht hatte und der schon wenig später zu einem prominenten Opfer der revanchistischen Rechten werden sollte. In der *Weltbühne* konstatierte Gumbel, die Entente setze ihre »Kriegspolitik« unvermindert auch gegen das »unterworfenen Deutschland« fort und wecke damit selbst bei den Deutschen Zweifel an den alliierten Motiven, »die die Tatsache der deutschen Schuld erkannt haben«: »Dies aber erschwert uns [...] eine der wichtigsten Aufgaben: die Aufklärung über die Schuldfrage und die Forderung der Bestrafung der Schuldigen, und macht damit eine der Voraussetzungen einer wirklichen Verständigung illusorisch.« [20]

Bald darauf sind auch die außenpolitischen Folgen der alliierten Intransigenz prognostiziert worden, von Harry Graf Kessler, nachdem der Versailler Vertrag durch die französische Ratifizierung im Januar 1920 Rechtskraft erlangt hatte: »Heute ist der Frieden in Paris ratifiziert worden; der Krieg zu Ende. Eine furchtbare Zeit beginnt für Europa, eine Vorgewitterschwüle, die in einer wahrscheinlich noch furchtbareren Explosion als der Weltkrieg enden wird. Bei uns sind alle Anzeichen für ein fortgesetztes Anwachsen des Nationalismus.« [21]

Wie von Gumbel beschrieben, waren es die Sieger, die ihm immer neue Nahrung gaben und auch Anhänger zuführten, die an sich alles andere waren als Nationalisten. Thea Sternheim, die erste Frau des Dramatikers Carl Sternheim, ist dafür ein besonders prägnantes Beispiel. Ihre Tagebucheintragungen aus den Kriegsjahren zeigen diese tief religiöse Frau als entschiedene Gegnerin des deutschen Chauvinismus, und da sie im von deutschen Truppen besetzten Teil von Belgien lebte, hatten ihr der Machtmißbrauch und die Willkür der Besatzungsbehörden auch immer wieder Anlaß zu Klagen und Anklagen gegeben. Auf Grund dieser Erfahrungen verstand sie die analogen belgischen Gefühlseruptionen, die sich nach dem deutschen Zusammenbruch – auch gegen sie selber – entluden: »Bis aufs Blut wird man uns schinden; um so besser. Die guten Elemente werden alsdann ihr Augenmerk auf die unveräußerlichen Werte richten. [...] Daß kein Gedanke an Revanche in uns aufkomme! Suchen wir gemeinsam alles gutzumachen, was Einzelne verschuldet.« Das wurde am 4. Dezember 1918 notiert, kurz vor Sternheims erzwungener Abreise aus ihrem belgischen Haus. Wenige Monate später indes empörte sich auch diese fried- und bußfertige Frau, als sie »Alarmnachrichten über das Schicksal Tirols« erhielt: »Wilson sei bereit, den südlichen Teil an Italien abzutreten. [...] Meran, Bozen, Brixen sind keine welschen Städte, wenn Wilson auch tonnenweis Völkerbundsschleim und Gerechtigkeitsjauche über seine Pläne rieselt.« [22]

Oder nehme man Arnold Zweig. 1914 einer der emphatischsten Bellizisten, war er als »Schipper« vor Verdun desillusioniert worden, und nach der berüchtigten Juden-zählung im preußischen Heer empfand er sich nur noch als »Zivilgefangenen und staatenlosen Ausländer«, nicht mehr als Deutschen. [23] Hatten »die Preußen« Zweig den Nationalismus gründlich ausgetrieben, so wurde er ihm von den Siegern wieder injiziert, genauer: vom neu- oder wiedererstandenen Polen, das, mit Billigung der Entente, aber ohne jede Rechtsgrundlage, Posen und Teile von Westpreußen besetzt hatte. Man erlebe jetzt, so kommentierte Zweig Anfang Januar 1919, –

– daß dicht vor unseren Toren das schwarze polnische *sus domesticus* wühlt und grunzt, ohne daß wir etwas dagegen tun dürfen. Jetzt wenigstens. Da die Pariser Konferenz, oder es müßte ein Wunder geschehen, die philosophische Haltung Wilsons, eines Mannes, den ich vorläufig noch ohne

Ironie betrachten kann, zur ohnmächtigen Demonstration machen wird, sehe ich sehr klar in zwanzig Jahren die letzte Teilung Polens kommen, die dann von allen Mächten als eine Blinddarmpoperation am schon recht zerschnipselten Leibe der Jungfrau Europa begrüßt werden wird. [...] Zwar war ich nie Ententist [...], aber ich glaubte doch, daß dort drüben soviel politische Erziehung sei, um die Rehumanisierung Deutschlands, den Durchbruch des deutschen durch den alldeutschen Geist, mittels kluger Schonung zu unterstützen. Das Gegenteil ist der Fall, und ich bürgte dafür, daß das prachtvolle deutsche Volk, das sich jetzt leidenschaftlich des Bolschewismus zu erwehren sucht [...], durch die Friedensbedingungen der Entente zur Bundesgenossenschaft mit Rußland gezwungen werden wird [...].« [24]

Wie im Falle von Zweig waren es auch bei anderen Intellektuellen der Linken vor allem die beabsichtigten oder schon vollzogenen Annexionen, die dem Nationalismus Auftrieb gaben. Im *Ulz* begrüßte Tucholsky das Jahr 1919 mit einer Art gereimtem Leitartikel (*Ein Deutschland!*), der sich gegen polnische Ansprüche auf Oberschlesien und gegen die von Frankreich zumindest protegierten, wenn nicht inszenierten separatistischen Bestrebungen im Rheinland wandte (»im Osten und Westen die klemmenden Zangen«) und die Deutschen zu Geschlossenheit aufrief: »Wir brauchen *ein* Vaterland!« Das Mißtrauen war geweckt, lange bevor es dazu konkrete Anlässe gab. Als sie sich einstellten, zuerst im Rheinland, wo Separatisten im Juni 1919 eine »Rheinische Republik« ausriefen, hat Tucholsky ungesäumt gegen sie polemisiert, hat sie treulos genannt und an ihren deutschen Chauvinismus im Kriege erinnert. [25] Da die Separatisten scheiterten, beließ es Tucholsky bei dieser einen Attacke. In den langwährenden oberschlesischen Abstimmungskampf indes griff er mit großer Verve ein. Er übernahm die Redaktion eines von der Reichsregierung aus geheimen Fonds finanzierten agitatorischen Witzblattes – *Pieron*, das mit »saftiger Sprache« und »scharfen Karikaturen« (Michael Hepp) antipolnische Propaganda machte, zumeist Propaganda unter der Gürtellinie, und das nach Tucholskys eigenen Worten ganz »unbedenklich, demagogisch, subjektiv und hemmungslos«. [26]

Gewiß hat das USPD-Mitglied Tucholsky sich mit der *Pieron*-Episode besonders exponiert, indes war er bei weitem nicht der einzige Linksintellektuelle, der sich in der Causa Oberschlesien für die deutschen Interessen engagierte. Das Haus Ullstein entsandte für alle Konzernblätter einen Generalkorrespondenten ins Abstimmungsgebiet, den Journalisten Manfred Georg, und es war das ansonsten frankophile Flaggschiff der Ullsteinpresse, die *Vossische Zeitung*, die Georgs Kritik an der ineffizienten deutschen Propaganda als Leitartikel aufmachte. Den pro-polnischen französischen Besatzungsbehörden in Oberschlesien waren die Berichte des linksbürgerlichen Radikaldemokraten derart unangenehm, will sagen: pro-deutsch, daß sie ihn zeitweise in Haft nahmen und erst nach einer diplomatischen Intervention aus Berlin wieder auf freien Fuß setzten. [27] Für die kleine *Neue Berliner Zeitung – 12-Uhr-Blatt* schrieb ein gebürtiger Österreicher im Sinne der deutschen Interessen – der damals zum Sozialismus sich bekennende Joseph Roth, der der polnischen Agitation vorwiegend mit ökonomischen Argumenten, aber auch mit zivilisatorisch-kulturellen entgegentrat: »Selbst dem oberflächlichen Betrachter, der ohne tiefere Kenntnis das Land bereist, offenbart sich die durchaus deutsche Physiognomie des Landes. Ich sah *Kattowitz*, die deutsche Großstadt, und daneben das an Einwohnern doppelt so große *Sosnowice*. Dieses hat flache Baracken und Hütten, *Kattowitz* alle Errungenschaften der modernen Zivilisation. Kein Wunder also, daß die Bevölkerung zum Deutschtum hinneigt.« [28]

Da es den Siegern um die Schwächung und Verkleinerung Deutschlands zu tun war, haben sie bekanntlich auch den Anschluß des deutsch-österreichischen Rumpfstaates an das Deutsche Reich untersagt, den die deutsch-österreichische Nationalversammlung schon am 12. November 1918 und gleichzeitig mit Ausrufung der Republik einstimmig verkündet hatte. Da darüber unter den österreichischen Parteien Konsens herrschte, ist es nicht weiter erstaunlich, daß auch die Schriftsteller für den Anschluß eintraten. Robert Musil tat es auch noch, als über das Nein der Alliierten kein Zweifel mehr bestand. Seinem Biographen Karl Corino zufolge bemühte er sich noch im März 1919 in S. Fischers *Neuer Rundschau* darum, die ›Reichsdeutschen‹ vom ehrlichen Anschlußwillen der Deutsch-Österreicher zu überzeugen. Es dürften dann auch die trüben Erfahrungen mit der Handhabung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die Entente im Spiele gewesen sein, als Musil Ende 1921 ein verbal maßvolles, substantiell aber vernichtendes Urteil über die Sieger fällte. Wilsons 14 Punkte, die eben dieses Selbstbestimmungsrecht allen hoch und heilig zugesichert hatten, nannte Musil nun ein »trojanisches Pferd«. Von den Menschen deutscher Sprache schrieb er, die Entente habe ihnen »die Solidarität der Entrechtung, Ausbeutung und Verschleppung in die Sklaverei auferlegt«, und der Völkerbund erweise sich »in seiner jetzigen Form«, nämlich ohne die Kriegsverlierer, »immer mehr als eine Grotteske«. Bei alledem war Musil, und das ist die Pointe, vom Groß- oder Alldeutschtum weit entfernt. Corino wertet den Essay mit dem zitierten Verdikt im Gegenteil »gerade als Kampf gegen den falschen Idealismus, der die Nation zum Popanz aufbaut«. [29]

Anders als Musil, Roth, Tucholsky oder gar Theodor Wolff war der junge Bertolt Brecht an Politik durchaus nicht interessiert. In seinen Briefen und Tagebüchern der frühen Nachkriegszeit ist von ihr kaum je die Rede, so überbordend diese Lebensdokumente angefüllt sind: Brecht war vollauf mit poetischen Arbeitsproblemen und mit den Wirrnissen seines Privatlebens beschäftigt, das aus den Fugen zu gehen drohte. Es sagt also etwas über die Intensität seiner nationalen Empörung, wenn zwei der drei erwähnenswerten politischen Äußerungen jener Zeit Versailles und seinen Folgen gelten. In der im September 1920 entstandenen ersten Ausformung des vielzitierten Exilgedichts, in dem Deutschland als »bleiche Mutter« angerufen wird, wird dieses »blonde, bleiche« Deutschland als das »Aasloch Europas« bezeichnet: »Geier über dir! / Tiere zerfleischen deinen guten Leib.« (Theodor Wolff hatte von »niederer Raubvögeln« gesprochen ...) Etwa zur gleichen Zeit entzündete sich Brechts nationale (und sexuelle) Phantasie an der sogenannten »schwarzen Schmach« im französisch besetzten Rheinland, von der die Zeitungen voll waren: an den angeblichen Gewaltakten farbiger Kolonialsoldaten an deutschen Frauen. Brecht empörte sich sowohl über die ›Täter‹ als auch über die deutschen Männer, die sich nicht gegen sie wehrten:

»Im Rheinland saugen die Neger den Boden aus. Sie schwängern die Frauen in Kompanie, gehen straflos aus, lachen über alle Proteste der Bevölkerung. Die Haltung der Bevölkerung ist in Deutschland vorbildlich. Es gibt keine Meldung von Mord und Totschlag. Diese Leute, denen die Frauen kaputt gemacht werden, sind von Lynchjustiz himmelweit entfernt. Sie knirschen mit den Zähnen, aber dazu gehen sie auf den Abtritt, damit es niemand hört. Sie nageln die Neger nicht an die Türen, sie sägen die Neger nicht entzwei, sie ballen die Fäuste im Sack und onanieren nebenbei. Sie beweisen, daß ihnen Recht geschieht.« [30]

Einen weiteren nationalen Beschwerde- und Protesttopos bildet die Behandlung deutsch(sprachig)er Minderheiten in manchen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, vor allem in der Tschechoslowakei. Mit diesem Staate hatte die Entente einen politisch-militärischen Sperrriegel zwischen die ›Feindmächte‹ Deutschland und Österreich legen und das gleichfalls ›feindliche‹ Ungarn schwächen wollen. Fürs erste war das zweifellos gelungen, indes hatte man insofern auch einen politischen Unruheherd geschaffen, als man die ethnische Gemengelage in dem neuen Staatsgebilde außer acht ließ. Eine Volkszählung von 1921 ergab, daß von den Bürgern der Tschechoslowakei rund 6,2 Millionen tschechisch sprachen, rund 2 Millionen slowakisch und rund 3,1 Millionen deutsch; etwa 460 000 sprachen ukrainisch, 450 000 ungarisch und 75 000 polnisch. Die Tschechoslowakei war somit ein Vielvölkerstaat, beinahe eine Donaumonarchie en miniature, und es waren bekanntlich vor allem die Nationalitätenkonflikte, an denen diese zerbrochen war. Die Repräsentanten der stärksten Volksgruppe, der tschechischen, haben sich von dieser Tatsache weder leiten noch warnen lassen. Sie proklamierten das Prinzip eines tschechischen Nationalstaats, und statt die fünf anderen Ethnien als gleichberechtigt anzuerkennen, verwiesen sie sie in den Status von nationalen Minderheiten. Die Minderheitenvölker waren »politisch Bürger zweiter Klasse«, die »systematisch zurückgesetzt« wurden, obwohl sie »alle bürgerlichen und kulturellen Rechte« genossen. Nicht einmal den – ebenfalls slawischen – Slowaken wurde Gleichberechtigung gewährt, geschweige daß die Tschechen ihnen die Autonomie gegeben hätten, die sie ihnen während des Krieges feierlich versprochen hatten. [31]

Für die deutschsprachige Minderheit vollends trat der alte Antagonismus zur tschechischen Mehrheit in ein neues Stadium. Unter dem habsburgischen Doppeladler hatten die Deutsch-Böhmen zwar nie über die Tschechen »geherrscht«, doch standen sie dem Thron näher und wurden von dem gleichfalls deutschen Herrscherhaus bevorzugt, obwohl sie keine juristischen Vorrechte besaßen. Diese Vorzugsstellung hatten die Deutsch-Böhmen allerspätestens seit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 innegehabt, und sie hatten sie um so rigider behauptet, je stärker sie sich von der durch die Krone diskriminierten tschechischen Mehrheit bedroht fühlten. Der Konflikt war nicht etwa bloß politischer Natur. Er griff in den Alltag fast eines jeden ein; an der Haltung des jungen Egon Erwin Kisch haben wir das im ersten Teilband nachgezeichnet.

Mit dem Sturz der Monarchie kehrten sich die Verhältnisse um. Die Tschechen revanchierten sich für die Zurücksetzung und Diskriminierung von Jahrhunderten, und die Deutsch-Böhmen hatten, mit der *Weltbühne* zu sprechen, für die »Sünden ihrer nationalistischen Väter doppelt und dreifach zu büßen«. [32] Die tschechische Revanche war nahezu unvermeidlich, was immer die ihrer traditionellen Vorzugsstellung Beraubten darüber sagen mochten. In der allerersten Zeit nach dem tschechischen »Sieg« war sie nichts anderes als ein verständlicher Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Bei ihm blieb es aber nicht. Statt die Unterlegenen nach dem ersten Triumph mit Großmut zu behandeln und sich auf ein friedlich-schiedliches Zusammenleben mit ihnen einzurichten, setzten die Tschechen den Nationalitätenkampf unter umgekehrten Vorzeichen fort. Eben noch unterdrückt, etablierten sie sich als Herrenvolk und bedienten sich oftmals jener Praktiken, über die sie in Habsburgs Tagen selber zu klagen gehabt hatten.

Das erst hat in Deutschland auch bei nichtnationalistischen Zeitschriften wie dem *Tagebuch* und der *Weltbühne* zu Protesten und kritischen Berichten über den tschechi-

schen »Puppenstubenimperialismus« (Robert Musil) geführt. Nun fand rückwirkend Beachtung, daß es schon Ende 1918, bei der auf »Wink der Entente« erfolgten tschechischen Besetzung der deutschsprachigen Landesteile, zu »Revanche-Gewalttaten« gekommen war: [33] jetzt erst, da es immer noch und immer wieder Angriffe bewaffneter Tschechen auf waffenlose deutschstämmige Landsleute gab. Im März 1919 schoß tschechisches Militär in Reichenberg auf Deutsch-Böhmen, die für das von der Entente versprochene Selbstbestimmungsrecht demonstrierten; im September 1920 starben vier Menschen bei Straßenkrawallen in Prag, im August 1921 drei in Aussig; stets waren die Opfer Deutsch-Böhmen, stets die Täter Tschechen. Vereinzelt wurden diese Exzesse auch in der Tschechoslowakei verurteilt – die in Prag von dem Wissenschaftler Emanuel Radl, der sogar ein reichsdeutsches Blatt als Tribüne wählte, das *Tagebuch*. Die Massenstimmung drückte sich jedoch darin aus, daß die Prager Regierung die Täter von Aussig öffentlich rechtfertigte. [34]

Wie der Hradschin kaum etwas tat, um die vergiftete tschechische Volkspsyche zu kalmieren, so unterließ er auch kaum etwas, um die deutschen Mitbürger zu demütigen. Sein Hauptinteresse war die »gewaltsame kulturelle Tschechisierung« der deutschen Minorität, wie das *Tagebuch* 1923 schrieb. [35] Hatte es damit die Prager Nationalitätenpolitik von vier Jahren auf den Begriff gebracht, so war in der *Weltbühne* zu erfahren, was das konkret bedeutete. Schon 1920 waren nicht weniger als 800 deutsche Schulklassen geschlossen worden; gezielt wurden deutsche Gebiete mit tschechischen Beamten, Lehrern, Polizisten oder Eisenbahnern bestückt, während man zur gleichen Zeit versuchte, ihre deutschen Kollegen dadurch zu »disziplinieren«, daß man ihnen das Tschechische zur Pflicht machte. Es war nämlich zur einzigen Amts- und Staatssprache erhoben worden. [36] Natürlich traf das alle ethnischen Minderheiten, gemünzt war es aber auf die größte, und es war identisch mit der Verpönung der deutschen Sprache und dem Versuch, sie zumindest aus der Öffentlichkeit so weit wie nur irgend möglich zu verdrängen.

Bei der Masse der tschechischen Bevölkerung hat es dazu nicht einmal irgendwelcher Anordnungen bedurft. Das hatte bereits der gebürtige Prager Franz Werfel erfahren, als er Anfang 1919 seine Vaterstadt besuchte: »Auf der Straße wurde er, als man ihn deutsch sprechen hörte, von tschechischen Nationalisten niedergeschlagen.« [37] Ein mit »Vindex« zeichnender Mitarbeiter der *Weltbühne*, ein Österreicher, wie es scheint, meinte im Frühjahr 1921, für deutschsprechende Bürger des tschechoslowakischen Staates gelte, »wenn sie sich mit einer deutschen Frage an einen Tschechen hervorwagen, der Befehl: Česku! (Tschechisch!), den ich auf der Treppe zum Bahnsteig eine Frau, eine ärmliche kleine Proletarierin, einem ebenso ärmlichen deutschen Weib giftig und feindselig entgegenzischen hörte«. [38] Tatsächlich gab es in gemischtnationalen Städten auch dann kein einziges deutsches Straßen- oder Firmenschild mehr, wenn der deutsche Bevölkerungsanteil groß war, »jedes Restchen Deutsch war auf den Häusern ausgemerzt«, mit einer einzigen Ausnahme freilich, »in den Auslagen der Banken und in den Hallen der Hotels: Es ist die Aufforderung der tschechischen Regierung, die nächste große Anleihe zu zeichnen. Für diesen Zweck wurde die Existenz der deutschen Sprache wieder entdeckt ...« [39] Aus der Perspektive und mit der Distanz eines unbeteiligten Ausländers schien der fanatische Sprachpurismus der Tschechen eine einzige Grotteske zu sein, und als solche hat sie der amerikanische Journalist Louis Lochner geschildert: freilich auch

als typische Erfahrung mit dem überbordenden Nationalismus in den neuentstandenen Staaten Osteuropas:

»In deutscher Sprache fragte ich in Prag einen älteren Verkehrspolizisten, dem ich unterstellen durfte, daß er schon zu den Zeiten der österreichisch-ungarischen Monarchie seinen Dienst getan hatte, nach einer bestimmten Adresse. Er brummte etwas auf Tschechisch vor sich hin, kehrte sich ab und leitete, mir den Rücken zuwendend, weiter den Verkehr. Ich begab mich zum nächsten Verkehrsposten. Diesmal sprach ich den Beamten auf Englisch an. Er sah mich fragend an, blieb aber höflich. Darauf versuchte ich es mit Französisch. Sein Gesicht blieb versteinert, dann regte sich ein Zug des Mitleids mit einem hilflosen Fremden. Und er überraschte mich mit der Frage: ›Noa, kennens nit Daitsch?‹ Nachdem ich ihm anfänglich bewiesen hatte, sichtlich zu seiner Genugtuung, daß ich weder Deutscher noch Österreicher war, fand er sich dazu bereit, zur Verständigung die uns beiden geläufige Sprache zu benutzen. Seitdem sprach ich nur noch Englisch oder gebrochenes Französisch, so oft ich einen Tschechen anredete. Zum Schluß einigten wir uns dann jedesmal auf Deutsch.« [40]

Natürlich galt der Affront in erster Linie dem deutschstämmigen Tschechen, den man in Lochner zunächst vermutete. Ist der Zeuge in diesem Punkte zu korrigieren, so teilt er sein Erlebnis andererseits mit nahezu allen deutschen und österreichischen Besuchern jener Jahre. Und stets verstanden und sprachen Tschechen erst dann deutsch, wenn sie sich vergewissert hatten, daß sie es mit Ausländern zu tun hatten. Die Komik solcher Episoden darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch diese Alltagspraktiken Teil einer Perfidie, wenn nicht eines Verbrechens waren. Indem die Sieger die deutsche Sprache in der Öffentlichkeit zum Verstummen brachten, suchten sie den Besiegern ihre kulturelle Identität zu nehmen und eine jahrhundertealte geistige Tradition auszulöschen. Nicht zufällig also hat – von Egon Erwin Kisch und Willy Haas bis zu Franz Kafka, Ernst Weiß oder Franz Werfel – ein Gutteil der Prager deutschen Schriftsteller die Heimat verlassen, in der ihre Sprache verfemt wurde, und es ist ebenfalls symptomatisch für nichtnationalistische Blätter wie *Tagebuch* und *Weltbühne*, daß sie für revanchistisch-irredentistische Forderungen keinen Raum hatten, wohl aber stets für Polemiken und Glossen zur Sprachverfemung.

So wenig sie dabei in der Sache widerlegt wurden, so kontinuierlich wurde ihnen doch in Prag und in Berlin von offiziellen oder halbamtlichen tschechoslowakischen Stimmen widersprochen. Gegen die Berichte der *Weltbühne* trat Camill Hoffmann in Aktion, der Presseattaché der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin; gegen Stefan Grossmann, den Herausgeber des *Tagebuchs*, eröffnete die *Prager Presse* eine Kampagne, ein halbamtliches Blatt in deutscher Sprache, das von der Prager Regierung finanziert wurde. Freilich muß dahingestellt bleiben, ob die Wortführer die tschechische Sache besonders glaubwürdig vertreten konnten. Stefan Grossmann hat es zunächst bei einer Andeutung belassen, als er seine Zweifel anmeldete. Ohne Namen zu nennen, aber auf Camill Hoffmann und auf Arne Laurin, den Chefredakteur der *Prager Presse*, zielend, sprach er von »Wahltschechen, die nur deshalb so knallige Nationalfarben umbinden, damit der Zuschauer vergesse, wie brav sie ein Menschen[leben] lang die schwarzgelbe oder die schwarzweißbrote Schärpe getragen haben. Diese imitierten Tschechen haben mich überfallen.« [41] Den von Grossmann Attackierten war diese – nach 1918 peinigende – Lebensphase natürlich nur zu gut bekannt. Bei seinen Repliken in der *Weltbühne* hat Hoffmann seine jetzige Funktion denn auch so lange verschwiegen, bis einer seiner Kontrahenten ihn als tschechischen Staatsbediensteten ›enttarnte‹; begreiflicherweise,

denn als Äußerungen eines Privatmannes mit bekannter nationaldeutscher Vergangenheit hätten seine tschechophilen Stellungnahmen jenes Gewicht besessen, das ihnen nach der Enttarnung abging. Hörte man also den Presseattaché Hoffmann, so war beispielsweise über die Sprachverfemung viel Lärm um nichts entstanden. In Prag etwa lebten viel zu wenig Deutschsprachige, um auch nur ein einziges deutsches Straßen- oder Firmenschild zu rechtfertigen. Ihre Entfernung war somit nur ein Akt des Ausgleichs, um den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wer dennoch nach der deutschen Sprache verlangte oder sonst gegen einschlägige tschechische Maßnahmen protestierte, war bestenfalls verhetzt, wenn nicht ein Reaktionär, und wenn es – wie in Aussig – auf der deutschen Seite Tote gegeben hatte, dann waren sie eben der irredentistischen Hetze zur Last zu legen, keineswegs aber dem demokratischen Bollwerk mit Namen Tschechoslowakei. [42] Keiner der Kritiker hatte freilich bestritten, daß es unter den Deutsch-Böhmen Ultras gab, Reaktionäre und Irredentisten, die noch immer für den Anschluß an Deutschland oder Österreich agitierten. Vor ihnen war sogar gewarnt worden, und Stefan Grossmann hatte zwischen ihrem Erstarken und dem tschechischen Chauvinismus einen Kausalnexus hergestellt: Er selber treibe die Deutschen ins »nationalistische Extrem« und sei der »Nährvater« der deutschen Irredenta. [43] Eine noch deutlichere Mahnung ist schon im ersten einschlägigen *Weltbühnen*-Beitrag zu lesen. Was Arnold Zweig Polen (s. S. 11), hat dieser Chronist der Tschechoslowakei prognostiziert, und so wenig wie Zweig hat er geahnt, wer sein Wort zum Wahrspruch machen würde: »Der tschechische Imperialismus wird, wie einst sein Erzeuger: der deutschnationale, seinen Bankrott erleben. Geschieht dies rechtzeitig, so ist eine tschechoslowakische Republik auf föderalistischer Grundlage möglich. Verharrt er auf seinem trotzigen, unversöhnlichen Herrenstandpunkt, so wird die Tschechoslowakei ihrem unvermeidlich gewordenen Zusammenbruch nicht entrinnen. Mene tekel –!« [44]

Die Auseinandersetzungen mit den neuen Nachbarstaaten im Osten verdämmern zu Scharmützeln, rückt man sie neben die über die wirtschaftlichen Verpflichtungen, die der Versailler Vertrag Deutschland auferlegte. Bei Kriegsende hatte die Entente sie auf die phantastische Summe von 28 Milliarden Goldmark jährlich festgelegt, ein Betrag, der mit fortschreitender Zeit immer weiter nach unten korrigiert wurde, bis er im Frühjahr 1922 auf 2,17 Milliarden Goldmark lautete. [45] Das war freilich noch immer eine rein fiktive Setzung, die weder die Leistungsfähigkeit der unter den Kriegsfolgen leidenden deutschen Wirtschaft noch den (auch) daraus resultierenden rapiden Verfall der deutschen Währung berücksichtigte.

Das deutsche Geld hatte schon im Kriege beträchtlich an Wert verloren, und die Reparationen beschleunigten den Kurssturz der Mark. Zunächst korrelierten beide Faktoren, bis sie – im Frühjahr 1923 – kausal aufeinander einwirkten. Die Unnachgiebigkeit vor allem der französischen Gläubiger stieß auf zunehmenden Widerstand der deutschen Schuldner, die zögerliche deutsche Resistenz wiederum führte zu neuen französischen Sanktionen und Aggressionen. Sie gipfelten in der vertrags- und völkerrechtswidrigen Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen im Januar 1923, die von der deutschen Regierung mit der Ausrufung des sogenannten »passiven Widerstands« im besetzten Gebiet beantwortet wurde. [46] Während des um Reparationszahlungen ausgetragenen »Ruhrkampfes« wurde die deutsche Währung so lange als politische Waffe benutzt, bis sie kollabierte.

Der Ruhrkonflikt hatte sich lange angebahnt, doch für die Intellektuellen begann er – wie für den Großteil der deutschen Öffentlichkeit – erst mit dem französisch-belgischen Einmarsch. Die Vorgeschichte hatten sie kaum wahrgenommen und jedenfalls nicht zu ergründen und zu verstehen gesucht. Wirtschaftliches war für Intellektuelle eine Art terra incognita, und mit der praktischen Politik verhielt es sich letztlich nicht viel anders. Trotz ihrer soi-dit Politisierung hatten sie sich kaum mit den Vorgängen beschäftigt, dies um so weniger, als in der Reparationsfrage Politisches und Wirtschaftliches untrennbar verquickt war, der politische Streit aber mit einem mißverständlichen Schlagwort geführt wurde: »Erfüllungspolitik«. Sie war aber keine Weltanschauungsfrage, die mit Ja oder Nein beantwortet werden konnte. Daß Deutschland Reparationen leisten, daß es die Forderungen »erfüllen« müsse, wurde nicht einmal von den Deutschnationalen bestritten. Die Frage war nur, wie das zu geschehen habe, und insbesondere, auf welche Weise die Entente (d. h. vor allem Frankreich) davon zu überzeugen war, daß die Forderungen unrealistisch hoch waren. Da die bis November 1922 amtierende Regierung unter dem Zentrumskanzler Wirth bei Zahlungsverweigerung mit Recht französische Gewaltakte fürchtete, schlug sie einen sozusagen indirekten Weg ein, um die Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen zu beweisen: Sie »erfüllte« sie korrekt und steuerte damit sehenden Auges und absichtsvoll auf den wirtschaftlichen Ruin des Landes zu. Ihr Kalkül: Einmal mußte man auf der Gegenseite ja Einsicht in die wahre Lage Deutschlands zeigen.

Indes war Frankreich nicht der realitätstüchtig-vernünftige Widerpart, auf den diese Taktik setzte. Ingeheim wollte es auch weit mehr als nur die penibel genaue Erfüllung des Versailler Vertrags. Es wollte die Rheingrenze, die ihm beim Friedensschluß von seinen Verbündeten verweigert worden war, wollte das wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands an der Ruhr, und es suchte nach jedem Vorwand, sich dort festzusetzen. Das war die Ausgangsposition der Gegenseite, und in diesem eigentlichen Interesse lag die Gefahr. Leopold Schwarzschild, damals noch Wirtschaftsredakteur des später von ihm herausgegebenen *Tagebuchs*, hat sie früher gesehen als die deutschen Wirtschaftskapitäne und die von dem neuen Kanzler Cuno geleitete Reichsregierung. Von einer *Reise ins Ruhrland* berichtend, schrieb er Anfang Dezember 1922, die dortige Montan- und Schwerindustrie personell zu beherrschen, müsse »Frankreichs politische Imperialisten ebenso reizen, wie die Beherrschung ihres Besitzes die Imperialisten der französischen Wirtschaft«. Für das übrige Deutschland sei das eine Lebensfrage: »Mit der Hand auf der Kohle könnte ein Eindringling alles, ohne Einschränkung alles, von ihm erzwingen. Er könnte die [Kohle-]Lieferung von staatlichen, finanziellen, ja sogar privatwirtschaftlichen Bedingungen abhängig machen, gegen die es ein Sträuben auf die Dauer nicht gäbe.« Offen sei freilich, ob die im Eventualfall als erste betroffene »Großindustrie« – präziser: die Industriellen – willens seien, »aktiv ihr Äußerstes« anzubieten, »um die Besetzung zu verhindern. Dies Äußerste müßten Opfer sein«, nämlich die Bereitschaft, »die *französische Industrie freiwillig an der Ruhrindustrie zu beteiligen* und dadurch eine Interessensolidarität zu schaffen, die jeden geschäftsschädigenden Eingriff [seitens der französischen Politik] unmöglich machte«. Schwarzschild plädierte für sofortige, ernsthafte Verhandlungen mit der französischen Industrie, er mahnte zur Eile: »Verhandelt nicht mit stillem Unglauben an die Dringlichkeit. Alles Politische drängt zur Explosion – dem Schweren, das ihr jetzt vielleicht noch umgehen

zu können hofft, steht als Alternative wahrscheinlich nur noch Schwereres gegenüber. [...] Laßt nicht auch hier wieder das alte ›Zu spät!‹ Ereignis werden, laßt es nicht dazu kommen, daß Ihr, wenn die Heere sich in Bewegung setzten, aufschreien müßtet: ›Und eben standen wir vor Abschlüssen ...!‹« [47] An der Ruhr hatte Schwarzschild reichlich Gelegenheit gehabt, mit Industriellen zu sprechen, und er hätte kaum öffentlich an sie appelliert, wenn er auf Zustimmung gestoßen wäre. Viele Monate später, als die Katastrophe eingetreten war und das Ruhrdrama sich bereits seinem Ende zuneigte, erinnerte er daran, »wie sehr den Ruhrindustriellen selbst das Verständnis für die exorbitante Gefahr der Situation mangelte: »Damals [...] hätte durch freie und verständige Behandlung des gewiß komplizierten Projektes die friedliche Lösung noch erreicht werden können. Damals aber war noch Vaterlandsverräter, wer auch nur anzudeuten wagte, daß man aus der Niederlage schließlich doch einmal die Konsequenzen werde ziehen müssen. Die deutschen Hirne, verkleistert durch [...] Propaganda [...], waren noch nicht reif für die Erkenntnis, daß es jetzt nicht mehr darauf ankommt, was Deutschland will, sondern was es kann und muß [...].« [48]

Die Schlußbemerkung zielte auch auf das Kabinett des Kanzlers Wilhelm Cuno, der im November 1922 sein Amt angetreten hatte. Anders als sein Vorgänger betrieb er die »Erfüllungspolitik« sozusagen nur noch formell. Den ihm auferlegten Sachlieferungen z. B. suchte Deutschland nunmehr stets etwas abzuhandeln, und es lieferte nur unter ständigen Protesten, um zu zeigen, daß seine Leistungsfähigkeit erschöpft war. Als es Anfang 1923 wieder einmal im Rückstand geblieben war, nutzte Frankreich diesen Anlaß oder Vorwand zum Einmarsch; bezeichnend für die Situation, daß selbst der Umfang der Lieferrückstände strittig war. [49] Deutschland reagierte auf die Nachricht vom Einmarsch mit einer Stimmung »fast wie im August 1914« (Hagen Schulze). Nach dem Zeugnis des britischen Botschafters in Berlin, eines Entente-Beobachters mithin, schienen Parteifeindschaft und Klassenhaß ausgelöscht zu sein. Nicht einmal die KPD entzog sich der nationalen Empörung. Sie forderte als radikalste Antwort den Generalstreik. Damit drang sie zwar nicht durch, doch proklamierte die Regierung im Einverständnis und in enger Kooperation mit den freien Gewerkschaften den ›passiven Widerstand‹ in den besetzten Gebieten. Keine Hand sollte sich für die Okkupanten rühren, keinerlei Güter an sie geliefert werden. Mit anderen Worten: Alle Reparationsleistungen sollten so lange ausgesetzt werden, bis die Ruhr wieder von fremden Truppen geräumt war. Erst dann auch sollte mit Frankreich überhaupt wieder gesprochen und verhandelt werden. [50]

Schulzes Vergleich mit dem »Augusterlebnis« von 1914 ist ziemlich treffend, nur daß der deutsche Nationalismus diesmal von Frankreich bis zum Siedepunkt gebracht worden war. Das ist auch bei Intellektuellen zu beobachten, die nicht zur nationalistischen Rechten zählten und sich gemeinhin einer reservierten Sprache befleißigten. Im *Tagebuch* sprach Leopold Schwarzschild von einer »Plünderung« und einem »Piratenunternehmen«, in der *Berliner Volkszeitung* Carl von Ossietzky von »französischer Vergewaltigungspolitik« und von den »Dämonen französischer Vernichtungsstrategie«. Für Richard Lewinsohn, der in der *Weltbühne* mit »Morus« zeichnete, war der Einmarsch eine »Ungeheuerlichkeit« und eine »Barbarei«, und Siegfried Jacobsohn bezeichnete Frankreich als »Shylock, der das Messer wetzt«. [51] Selbst kleine Zeitschriften wie *Weltbühne* und *Tagebuch* schickten gleich in den ersten Wochen Mitarbeiter ins besetzte

Gebiet, um Bevölkerung und Besatzungsmacht zu beobachten. In der *Weltbühne* registrierte Leo Lania die »Erbitterung der breiten Massen« auf der einen und eine »herausfordernde Soldatenspielerei« auf der anderen Seite, bezeichnete den Einmarsch als »grotesken Irrsinn« und zog den Schluß, die »Boches« säßen auch in Paris »fest im Sattel«. Für das *Tagebuch* reiste der Herausgeber Stefan Grossmann ins Ruhrrevier. Er bewunderte die »stille Obstruktion« der Bewohner, z. B. der Eisenbahner, die für französische Transporte den Zugverkehr lahmlegten, aber auch die von beliebigen Straßenpassanten: Die mit aufgepflanztem Bajonett patrouillierenden Soldaten würden auch in überfüllten Straßen »nicht gestoßen und nicht gehöhnt, aber man weicht ihnen auch nicht aus. Sie schlängeln sich mit ihren Bajonetten durch.« Die nämliche Zurückhaltung attestierte er den französischen Soldaten. Zwar machten sie sich zu später Stunde gelegentlich den »Spaß«, Passanten zu erschrecken, und diese »Fröhlichkeit« werde »zuweilen etwas unbehaglich«: »Nachts springt aus der Finsternis eines Seitengäßchens plötzlich ein Piou-Piou mit geladenem Gewehr heraus. Man geht weiter. Dreht sich nicht um. [...] Unwillkürlich denkt man: wenn es nun diesem übermütigen jungen Soldaten einfele, dir eine Kugel nachzuschicken – bloß aus Übermut und guter Laune?« Eine sehr gespannte Atmosphäre also, indes meinte Grossmann, »vorläufig« benähmen sich die Soldaten »sehr diszipliniert«. [52]

Die Betonung lag auf »vorläufig«, und Grossmanns Skepsis war berechtigt. Die »stille Obstruktion« und die »herausfordernde Soldatenspielerei« wurden von der jeweils anderen Seite als die Provokationen aufgefaßt, die sie waren, und die Spannung entlud sich in gewaltsamen Zusammenstößen. Der schwerste ereignete sich Ende März 1923 in Essen, »als französische Soldaten auf dem Kruppschen Werksgelände versuchten, Autos zu beschlagnahmen. Die Sirenen ertönten, die Arbeiter strömten heraus, die Franzosen schossen.« Und trafen. Es gab 13 Tote und 41 Verwundete. »Anklage erhob die Besatzungsmacht jedoch nicht gegen den verantwortlichen Offizier, sondern gegen Mitglieder der Unternehmensleitung und einige Angestellte.« Sie wurden vor ein französisches Kriegsgericht gestellt und verurteilt – der Hauptangeklagte Gustav Krupp von Bohlen und Halbach zu 15 Jahren Gefängnis –, ein Spruch, gegen den der Berliner Reichstag mit einer Entschließung protestierte. Im *Tagebuch* führte er zu einem Aufschrei. Die stilistisch Stefan Grossmann zuzuordnende Leitglosse strotzte von Verbalinjurien wie »Schandspruch«, »Justizmord«, »Verhurung der Richter«, und es geschah in Erinnerung an dieses Urteil, wenn Grossmann den französischen Oberkommandierenden an der Ruhr noch Monate später als »französischen Alba« titulierte. Die *Weltbühne* brachte ihren Prozeßbericht hinten im Blatt, sie hängte die Sache also niedriger. Der mit der KPD sympathisierende Bruno Frei vermied grelle Töne und war dem Hauptangeklagten durchaus nicht gewogen. Nicht einmal dieser primär von seinem Antikapitalismus inspirierte Berichterstatter kam aber umhin, die französischen Militärankläger als hetzerische Phrasendrescher zu charakterisieren. Beim Leser weckte er so die Emotionen, die Grossmann offen ausgesprochen hatte. [53]

In den (meist privaten) Äußerungen von Schriftstellern erfuhr Frankreich dieselbe Ablehnung wie in der veröffentlichten Meinung. Rainer Maria Rilke faßte die »Gewalt des französischen Eingriffs« als »böses Beispiel« auf, als Ermunterung für andere Staaten, und Alfons Paquet sah den durch den Friedensschluß »mühsam wiederhergestellten Gleichgewichtszustand« aufgehoben, nicht nur zwischen Deutschland und

Frankreich, »sondern zwischen allen Völkern«. Gerhart Hauptmann schließlich sprach sogar vom deutschen »Martyrertum« an der Ruhr. [54] Als Thomas Mann seinem Bruder über die Ruhrereignisse schrieb, vermied er wohl den Vergleich mit dem »Augusterlebnis« (und das aus guten Gründen: die ›Versöhnung‹ mit dem Antipoden lag erst kurz zurück); er fand jedoch einen nicht weniger treffenden historischen Bezugspunkt, um seine und der Deutschen Entrüstung zu markieren: »Der Ingrim ist fürchterlich – tiefer und einheitlicher, als der, der Napoleon zu Fall brachte. Man sieht nicht ab, wie das in Zukunft werden soll.« [55] Verglichen mit Manns Reaktion auf den Versailler Frieden ist das sehr zurückhaltend. Allerdings wurde er schärfer, als er sich, im Juni 1923, bei einer Gedenkfeier für Walther Rathenau öffentlich äußerte. Von der inzwischen fast ein halbes Jahr währenden Besetzung des Industriereviers ausgehend, schien er nunmehr die *Betrachtungen eines Unpolitischen* sozusagen reaktivieren zu wollen:

»Es heißt seine Forderungen an die geistige Widerstandskraft des menschlichen Durchschnitts überspannen, wenn man verlangt, er solle einer Agitation Widerstand leisten, die darauf hinweist, das alles sei in den alten Tagen ganz anders gewesen, und folglich müßten diese wiederkehren; einer Agitation, die außerdem *mit einem starken Schein von Recht* behaupten kann, nichts in der Welt habe sich geändert, nach wie vor gehe Macht vor Recht, alles Gerede von Frieden, Gerechtigkeit, Völkerrepublik sei Gefackel und leerer Humbug gewesen, und es sei ein Jammer und eine Schande, daß Deutschland auf diesen Propagandahumbug hineingefallen sei und immer tiefer darauf hineinzufallen sich bereden lasse ... Der äußere Druck, der auf Deutschland lastet, ist furchtbar [...]. Augenscheinlich befindet sich ja unsere Nachbargemeinschaft, das so problematisch siegreiche Frankreich, für den Augenblick nicht in der glücklichsten moralischen Verfassung [...]. Was Frankreich heute im Ruhrgebiet mit seinen Soldaten tut, ist als Gesamtunternehmen wie in seinen Einzelheiten vollkommen schlecht, es könnte nicht schlechter sein, und die Stumpfheit, mit der eine Welt, deren moralische Reizbarkeit vor neun Jahren [d. h. im August 1914 gegen Deutschland – HAW] so groß schien, diesem ausgemacht schlechten Tun regungslos zusieht, ist geeignet, jeden Zynismus und politischen Pessimismus, jede Philosophie der Brutalität in Deutschland zu kräftigen.« [56]

Alfred Döblin hätte auf solche Gedanken ebenfalls zurückgreifen können, indes hatte er die Weltsicht von *Drei Demokratien* (1918) gründlich überwunden. [57] Er hat weder geklagt noch geschimpft. Ihm genügte die ironische Feststellung, daß sich seit der Großen Französischen Revolution die Zeiten geändert hätten: Während Napoleon das Rheinland »mit Militär und großen Ideen erobert« habe, wolle sich jetzt bloß das »französische Kapital Geld holen«. Im Ganzen sei Frankreich gewiß freier und geistig stärker als Deutschland, »das Frankreich dieses Ruhrkampfes« aber sei »degeneriert, hohl. Es sind nur von weitem Franzosen. Man sieht die Entnationalisierung der Oberschichten (besonders der wortnationalen).« Das war für Döblin der springende Punkt. Nicht zwei Nationen oder Völker, zwei Imperialismen kämpften miteinander, und für den französischen war die Ruhrbesetzung »fast eine Zwangshandlung«. So oft sei sie erwogen worden, daß »man zuletzt fast automatisch und getrieben« in ein Land eingefallen sei, das man nicht genügend »sondiert« habe: »Und wirklich war es nicht mehr als eine Falle.« Der Blick der »in Frankreich herrschenden Kreise« und der der von ihnen »produzierten Öffentlichkeit« sei vom Sieg getrübt worden. So hätten sie Deutschland den Versuch geneidet, sich zu erholen und seine Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Mit dem Einmarsch hätten die Sieger geglaubt, –

– »sie würden in Deutschland zwischen die Industriellen und Arbeiter einen Keil derart treiben können, daß sie Gewinn ziehen könnten. Aber die Arbeiterschaft Deutschlands stellte sich nicht auf die Seite der Franzosen. [...] Im Ruhrgebiet stand eine Arbeiterschaft, die den *Haß gegen das Militär jeder Herkunft* im Blut hatte. Die Franzosen konnten plausible Dinge an den Bahnhöfen plakatieren lassen: der Soldat und Sendling der Kapitalisten fand bei den Arbeitern nicht Gehör. Unberührt blieb dabei die Kluft in Deutschland zwischen Bürgerschaft und Arbeiterschaft. [...] Eisenbahner und Bergarbeiter sind es, die im Ruhrgebiet die französische Aktion sich totlaufen lassen. Die Konservativen wittern Morgenluft; die Formeln ihres Agitationsschatzes: ›Erbfeind‹ ›Einheitsfront‹ sind stark im Umlauf: es wurde bisher dafür gesorgt, eben durch die Beteiligung der Arbeiterschaft, daß den Rechten kein Weizen blüht. Der Krieg wird von den anhäufenden und expansiven Wirtschaftsgruppen beider Länder geführt; der ruhig Beobachtende und die Arbeiterschaft weiß das. Die Arbeiterschaft hat in Deutschland sicher richtig gewählt: keinen Enthusiasmus aufzubringen, dem fremden Imperialismus keinen Vorschub zu leisten, dem heimischen Kapitalismus unverändert [zu] mißtrauen.« [58]

Natürlich war es ein Irrtum zu meinen, der Rechten blühe im Ruhrkampf »kein Weizen«, ein noch größerer, wenn Döblin dachte, die Republik werde gestärkt aus der Konfrontation hervorgehen. Auf die Dauer sind weder die Arbeiter an der Ruhr noch die im übrigen Deutschland gegen den Nationalismus immun geblieben. Es waren im Gegenteil gerade die Gewerkschaften, die in Sachen Ruhr den Schulterschuß mit der rechtsbürgerlichen Regierung vollzogen und dabei, wie Heinrich August Winkler einmal anmerkt, »vor Ort« fast wie ein Staatsorgan fungierten und agierten. Vollends konnte von einer Stärkung der Republik nicht entfernt die Rede sein, weder in politischer Hinsicht noch gar in ökonomischer: Wir werden bald sehen, wie der »passive Widerstand« an der Ruhr kausal zum wirtschaftlichen Kollaps Deutschlands beitrug. Das allerdings war noch nicht abzusehen, als Döblin seinen Text – vermutlich im April 1923 – schrieb.

Uns interessiert aber vor allem, daß dies weit und breit der einzige Ruhrkommentar ist, der von Nationalistischem nicht einmal Spurenelemente enthält. Waren die anderen aber wirklich zur Gänze nationalistisch? Auf die Stellungnahme von Gerhart Hauptmann trifft dies zu. Die Zeitschriften indes, die sich, wie zitiert, über den Einmarsch empörten, haben zur selben Zeit unablässig gegen die »Siegreich-wollen-wir-Frankreich-schlagen«-Stimmung Front gemacht. Die *Weltbühne* brachte seitenweise Auszüge aus der internationalen Presse, die das Scheitern des passiven Widerstands prognostizierten, und das *Tagebuch* attackierte zu ungezählten Malen den selbstbetrügerischen Optimismus, der nicht nur für die konservative Presse charakteristisch war, sondern bisweilen auch für linksliberale Zeitungen wie das *Berliner Tageblatt*. Und nun erst die Protestartikel selber. Morus nannte den Einmarsch eine »Ungeheuerlichkeit« und eine »Barbarei«, doch gleichzeitig tadelte er die deutschen Verschleppungsmanöver bei den Reparationen, warnte vor nationalistischen Demonstrationen und drängte die deutsche Politik zu Verhandlungen mit Frankreich. [59] Siegfried Jacobsohn verglich Frankreich mit Shylock, und gewiß konnte kaum etwas schmälicher wirken. Im selben Artikel polemisierte er aber auch gegen die deutsche Verweigerungshaltung und -politik:

»Nicht schöne Stimmungsbilder von der ›Ruhrfront‹, nicht patriotische Phrasen, nicht Dickkopfpolitik, nicht Massenhöre, die einen ewigen Kanon lehren, nicht Einmütigkeit in negativer Abwehr – das Alles wirds niemals schaffen. Sondern schaffen wird es die klare, von Knabentrotz freie,

opferstarke Konzentration auf den einen Gedanken: Wie wird man den Gläubiger, der in das deutsche Haus eingedrungen ist, am schnellsten wieder los? [...] Indem man ihn nach besten Kräften ehrlich zu befriedigen sucht. Um diese simple Tatsache kommt kein Schuldner herum [...]. Deutschland muß die Franzosen los werden: erstens, um die Heimat vor ihnen zu schützen; zweitens, um die Franzosen vor sich selbst zu schützen. Denn die Franzosen, Prestige-Politiker kat exochen, werden ihren Vormarsch nicht einstellen, ohne eine Leistung, um derentwillen sie marschiert sind, erzielt zu haben. Und die deutsche Weigerung, zu verhandeln, wird die französischen Brigaden und Tanks immer weiter vortreiben, den französischen Imperialismus aufstacheln und ihm den willkommenen Vorwand geben, die Pfänderpolitik in eine Okkupationspolitik zu verwandeln. Und deshalb muß Deutschland die Franzosen vor sich selbst schützen. [...] Ein besiegt Land muß den Sieger befriedigen; so schwer das ist, man muß es hinnehmen; unerträglich aber ist der Eindringling im Haus, unerträglich ist die fremde Gewalt auf deutschem Heimatboden. Nichts darf unmöglich, nichts zu teuer sein, um den Heimatboden freizumachen. [...] Nichts von Waffen! Das wäre ein Weg, der über die Trümmer Deutschlands führte. Ein neuer Heroismus werde gefordert: der wirtschaftliche Heroismus, der Mut zur bittersten Armut [...].« [60]

Dieselbe Doppelstrategie findet man im *Tagebuch*. Der Herausgeber Stefan Grossmann bewunderte die »stille Obstruktion« an der Ruhr und sagte fast im selben Atemzug, was er darunter nicht verstanden wissen wollte: »Das ist die stille Methode«, sagte mir mit Ernst und einem Schuß Heiterkeit ein Eisenbahner. »Wir singen nicht. Wir wollen auch die Franzosen nicht siegreich schlagen. Bloß draußen wollen wir sie haben.« [61] So hat das *Tagebuch* denn auch nur bei der Farce des Krupp-Prozesses seiner Empörung die Zügel schießen lassen, aber nicht, als ein französisches Militärgericht den Sprengstoffattentäter Schlageter zum Tode verurteilte und trotz aller deutschen Proteste und Gnadengesuche hinrichten ließ. Das *Tagebuch* begnügte sich damit, dieses französische Todesurteil von heute mit einem deutschen von gestern zu vergleichen:

»Als im Jahre 1917 die Krankenschwester Miss Edith Cavell von einem deutschen Kriegsgericht in Belgien wegen Spionage zum Tode verurteilt, als das Urteil [trotz] vielfacher Interventionen vollstreckt worden war und ein Wutschrei nicht nur die alliierten, sondern auch die neutralen Länder durchtoste, antwortete man in Deutschland mit einigem Recht, wer Spionage treibe, setze sein Leben eben aufs Spiel wie jeder Soldat und erkläre sich bereit, die Risiken seines Heroismus zu tragen. [...] Vorausgesetzt, daß der Tatbestand in beiden Fällen wirklich so war, wie die Anklage behauptete, ist gegen beide Urteile aus der Kriegspsychologie wenig einzuwenden, trifft die deutsche Erklärung für das deutsche Cavell-Urteil genauso auf das französische Schlageter-Urteil zu.« [62]

Und so immer weiter. Rilke prangerte Frankreichs »böses Beispiel der Gewalt« an und geißelte Deutschland, weil es nie auch nur »einen kleinsten Moment wirklichen Gutmachenwollens« gezeigt habe. Paquet verlangte von den Deutschen völligen Verzicht auf Haß und Gewalt, und Thomas Mann bewies einigen Weitblick, als er sich über die langfristigen innenpolitischen Folgen der französischen Ruhraktion Sorgen machte: »Unsere Franzosen betragen sich gut. Sie scheinen es sich in den Kopf gesetzt zu haben, jedem das Konzept zu verderben, der in Deutschland zum Guten redet. [...] Und das Schlimme ist, daß ein französisches Fiasko, so sehr es zu begrüßen wäre, innerpolitisch den Triumph des Nationalismus bedeuten würde. Mußte man das bessere Deutschland wirklich in diese Zwickmühle bringen?« [63] In der Rathenau-Gedächtnisrede kehren diese Überlegungen inmitten der zitierten nationalistischen Passagen übrigens wieder. Die Briefstelle war also nicht nur der Rücksicht auf den

demokratischen Bruder geschuldet. Sie indiziert, daß Thomas Mann begonnen hatte, umzudenken und sich der Realität anzunähern.

Insgesamt beleuchten die Beispiele die Zerrissenheit der Intellektuellen, und das überrascht auch nicht. In den Mentalitätskapiteln des ersten Teilbandes haben wir gesehen, welche große Rolle dem identifikatorisch Nationalen bei der Sozialisation der Weimardeutschen zukam. Dieser Fundus war selbstverständlich auch bei den Intellektuellen vorhanden, gleichgültig, welche ideologische Position sie inzwischen bezogen hatten. So war es nahezu unausbleiblich, daß es ihnen oft schwerfiel, nationalistische Emotionen mit realitätstüchtigen Erwägungen so auszubalancieren, daß beide politisch ins Lot gerieten. Vor dem Hintergrund des von Versailles und seinen Folgen reaktivierten allgemeinen Chauvinismus ist es im Gegenteil erstaunlich, in welchem Maße ihnen diese Balance glückte.

Die Massenstimmung jedenfalls gab ihnen dabei so wenig Rückhalt wie die deutsche Politik. Sie war auf ganz hilflose Art trotzig von Anfang an, denn selbstverständlich gab es nicht den geringsten Grund zu der Annahme, die Franzosen würden allein wegen des passiven Widerstands wieder abziehen. Dieser fast kindlichen Illusion hing aber nicht nur die rechtsbürgerliche Regierung Cuno, ihr hing auch Theodor Wolff an, der Doyen der linksbürgerlichen Publizistik. Nach zwei Monaten konnte es schon keinen Zweifel mehr geben, daß die Politik der »stillen Obstruktion« gescheitert war; nichtsdestoweniger schrieb Wolff damals in einem Brief an Gerhart Hauptmann: »Gewiß empfinden Sie ebenso wie ich das Demokratische, Antinationalistische dieser waffenlosen, nur auf Willensenergie und Freiheitssinn beruhenden Volksverteidigung gegenüber einer mit allen Zerstörungsmitteln bewaffneten Heerschar. Welch ein Triumph der reinen Rechtsbegriffe, der besten Menschheitsidee, wenn zum ersten Male der Bewaffnete vor der moralischen Festigkeit einer unbewaffneten Bevölkerung, vor dem ruhigen Nein der Arbeiter und Beamten zurückweichen müßte, und welcher Erfolg daneben auch für die Republik!« [64] Wegen solcher utopischer Hoffnungen waren das Engagement für den passiven Widerstand und die Unterstützung der Regierung Cuno Leitlinien des *Berliner Tageblatts*, und sie blieben es bis zum bitteren Ende; das *Tagebuch* nannte Wolff ein wenig verächtlich den »treuesten aller Cunoisten«. [65]

Das *Tagebuch* hat sich denn auch von der durch Wolff repräsentierten Mehrheitsmeinung deutlich abgesetzt, trotz seiner Proteste gegen den Einmarsch. Vor allem der für den Wirtschaftsteil zuständige Leopold Schwarzschild hat – als nahezu einziger Kommentator – stets seinen kühlen Kopf bewahrt. Schon in der zweiten Woche nach dem französischen Einmarsch unterschied er süberlich zwischen der moralischen Berechtigung der deutschen Reaktion und ihren ökonomischen Erfolgchancen. Scheinbar skizzierte er nur Probleme. In Wahrheit prognostizierte er das Scheitern des passiven Widerstands, indem er simple praktische Fragen stellte, z. B. diese: »1. ob Frankreich technisch in der Lage ist, die Kohlenausfuhr aus dem Ruhrgebiet nach dem unbesetzten Deutschland zu verhindern; 2. ob Deutschland sich Ersatz aus dem Ausland beschaffen kann; 3. ob es möglich ist, die eventuell erforderlich werdenden Streikgelder aufzubringen [...]« [66] Tatsächlich wurde Deutschland binnen kurzem von der Kohlezufuhr aus dem Ruhrrevier abgeschnitten, die Wirtschaft somit ihrer wichtigsten Energiequelle beraubt; für ausreichende Ersatzimporte hingegen fehlte es an Devisen. Ähnlich negativ stand es mit der Subsidierung der an der Ruhr streikenden